

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P XXIV/246

Bonn, den 29. Dezember 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 3 Sicher des Weges 126

Auch 1970 geht es um die Stabilität der Preise und  
Sicherheit der Arbeitsplätze

Von Dr. Alex Möller,  
Bundesminister der Finanzen

4 - 5 Mehr Selbstvertrauen! 85

Notwendige Bemerkungen zum Jahreswechsel  
Von Günter Markscheffel

6 Ein neues Jahr beginnt 40

Es kam ein Brief aus Amerika  
Von Fritz Sängler

AN H A N G

S C H W E I Z 1969 52

Schwerpunkte im Jahr der Verwirrung  
Von Hermann Battaglia, Bern

### Sicher des Weges

Auch 1970 geht es um die Stabilität der Preise und  
Sicherheit der Arbeitsplätze

Von Dr. Alex Köller,  
Bundesminister der Finanzen

Als im Herbst 1966 die Regierung der Großen Koalition gebildet wurde, lagen die Gründe dafür ganz entscheidend im wirtschafts- und finanzpolitischen Bereich. Die Regierung Erhard hatte es nicht vermocht, die um sich greifende Krise aufzufangen und die Wirtschaft wieder in Stabilität und Wachstum überzuleiten. Die Übernahme des Wirtschaftsministeriums durch den Sozialdemokraten Professor Schiller hat dann zu einer schnellen Wende geführt: Die Wirtschaft wurde aus der Rezession in ein stabiles Wachstum übergeleitet.

### Aufwertung kam zu spät

Seit Herbst 1966 sind nunmehr gut drei Jahre einer im ganzen erfolgreichen Wirtschaftspolitik vergangen. Gerade der Erfolg dieser Politik auf dem Gebiete der Preisstabilität führte zu einer ungewöhnlichen hohen Auslandsnachfrage und damit zu einer Gefährdung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts von außen her. Um diesen Gefahren zu begegnen, wäre nach den als vorübergehend gedachten Absicherungsmaßnahmen steuerlicher Art eine rechtzeitige Aufwertung der D-Mark die richtige Maßnahme gewesen. Sie wurde jedoch von der damaligen CDU/CSU-Mehrheit verhindert und bis nach den Wahlen im Herbst 1969 verzögert. Darauf geht es zurück, wenn wir heute um die Jahreswende 1969/1970 vor einer drohenden Preissteigerung stehen.

Nun ist es zwar sinnvoll, an diesen Zusammenhang zu erinnern, damit die politische Verantwortlichkeit für diese Entwicklung klargestellt wird. Gleichwohl müssen wir uns heute auf den Boden der Tatsachen stellen und alles unternehmen, um weitere Fehlentscheidungen zu verhüten. Hierorts wird gefragt, ob nun der Geldwert in Gefahr sei.

### Bundesregierung auf Stabilitätskurs

Die bisherige Politik der neuen Bundesregierung zeigt, daß derartige Befürchtungen unbegründet sind. Die Bundesregierung hat seit den ersten

Tagen ihrer Arbeit einen eindeutigen Stabilitätskurs gesteuert und wird auch in Zukunft davon nicht abgehen.

Zu einer derartigen Politik verpflichten den Finanzminister wie die gesamte Bundesregierung Gesetze und Regierungsprogramm. Für mich persönlich, der ich in dieser Regierung für die Finanzen verantwortlich bin, geht es dabei auch darum, dem Auftrag des Regierungsprogramms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1969 nachzukommen, in dem es hieß:

- \* "Wir werden auch künftig den Arbeitnehmern die Vollbeschäftigung
- \* und den Selbständigen die wirtschaftliche Existenz sichern.
- \* Niemand wird um den Arbeitsplatz bangen müssen. Die Realein-
- \* kommen werden weiter steigen."

#### Bundeshaushalt 1970

Hat die Bundesregierung mit der Aufwertung die außenwirtschaftliche Flanke abgesichert, so hat das Finanzkabinett mit den Beschlüssen, die es in den Tagen vor Weihnachten zum Bundeshaushalt 1970 und zur Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung gefaßt hat, auch in der Finanzpolitik die Weichen für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung im Jahre 1970 gestellt. Zwar ist das Finanzkabinett kein Beschlußorgan, es kann jedoch kein Zweifel daran bestehen, daß die Bundesregierung in den Grundzügen den Vorschlägen des Finanzkabinetts folgen wird. Das ergibt sich aus dem obersten Grundsatz des finanzpolitischen Teils der Regierungserklärung: solide Finanzen der öffentlichen Hand und Stabilität und Wachstum in der Wirtschaft.

Der Bundeshaushalt wird ein Volumen von 91,7 Mrd. DM haben. Das Finanzkabinett hat jedoch, um den konjunkturpolitischen Erfordernissen des Jahres 1970 gerecht zu werden, eine Ausgabesperre von 2,6 Mrd. DM beschlossen, die das Wachstum der Bundesausgaben (+ 8,8 vH.) unter das Wachstum des Sozialprodukts (+ 9,5 vH.) herabdrücken und damit eine antizyklische Wirkung auslösen wird. Gleichzeitig wird damit der Kreditbedarf des Bundes vermindert. Auch das ist ein Beitrag zur Stabilität. In dieser Situation kommt es jedoch nicht nur auf das Verhalten des Bundes, sondern ebenso auf das Verhalten von Ländern und Gemeinden an. In den entsprechenden Organen, nämlich im Konjunkturrat und im Finanzplanungsrat sind Bund, Länder und Gemeinden übereingekommen, sich ebenfalls entsprechend diesen konjunkturpolitischen Erfordernissen zu verhalten.

#### Sozialer Fortschritt geht auch 1970 weiter

Das Finanzkabinett hat bei seinen Beschlüssen der besonderen konjunkturellen Situation Rechnung getragen, aber auch die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß der soziale Fortschritt im Jahre 1970 weiter gefördert wird. Folgt die Bundesregierung in ihrer Beschlußfassung den Vorschlägen des Finanzkabinetts, dann bedeutet das im einzelnen

- \* im Bereich von Bildung und Wissenschaft eine Steigerung der
- \* Ausgaben im Jahre 1970 gegenüber 1969 um über 40 vH.
- \* auf sozialpolitischem Gebiet kann eine gute Anpassungsregelung
- \* in der Kriegsofferversorgung ab 1.1.1970 und mit der Dynamisierung der Leistungen an die Kriegsoffer ab 1.1.1971 ein wichtiger Meilenstein in der sozialpolitischen Gesetzgebung der
- \* Bundesregierung gesetzt werden.

- \* Der zur Sanierung des Haushalts 1967 eingeführte Beitrag der Rentner zu ihrer Krankenversicherung wird wieder beseitigt.
- \* Die im alten Finanzplan erst für Mitte 1972 vorgesehene Erhöhung des Kindergeldes wird auf 1970 vorgezogen (1.10.1970).
- \* Beim Wohngeld ist ab 1971 eine Verbesserung der Leistungen und ab 1970 mit der Einbeziehung der Sozialhilfeempfänger eine erhebliche Erweiterung des Empfängerkreises in der Finanzplanung berücksichtigt worden.
- \* Unsere neuen gesellschaftspolitischen Vorstellungen werden durch eine in Aussicht genommene Verbesserung der Vermögensbildung in breiten Schichten (u.a. durch die vorgesehene Verbesserung des 312.-DM-Gesetzes) auf einem wichtigen Gebiet zu verwirklichen begannen.

#### Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung

Geht es bei der Gestaltung des Haushalts 1970 um die Sicherung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts für die vor uns liegenden Monate, so besteht die nächste große finanzpolitische Aufgabe in der Fortschreibung der mittelfristigen Finanzplanung; auch darüber hat das Finanzkabinett noch vor Weihnachten Beschlüsse gefaßt. Sie steht ebenfalls unter dem Satz des sozialdemokratischen Regierungsprogramms 1969:

- "Gesunde Finanzen sind die Grundlage eines gesunden Staates.
- Wir werden sie weiter sichern."

Der Bundesfinanzminister stand dabei nicht nur vor der Aufgabe, den alten Finanzplan um ein Jahr zu ergänzen. Es ging vielmehr darum, diesen Plan entsprechend dem Programm der neuen sozialdemokratisch geführten Regierung umzugestalten und neue Prioritäten zu setzen, selbstverständlich immer unter der Voraussetzung, daß nur das realisiert werden kann, was uns das gesamtwirtschaftliche Leistungsvermögen gestattet.

Ich stand bei der Erarbeitung dieser neuen Finanzplanung vor keiner leichteren Aufgabe. Wie mein Vorgänger in den letzten Tagen seiner Amtsführung bestätigt hat, bestanden allein Vorbelastungen in Höhe von 1,9 Mrd. DM. In diesem Betrag waren noch nicht enthalten die Ausgleichsmaßnahmen für die Landwirtschaft infolge der Aufwertung, an denen keine Regierung, wie immer sie zusammengesetzt sein mag, vorbeigekommen wäre. Ferner ist damit nicht erfaßt die Verbesserung der Kriegsopferversorgung, die der Bundestag beschlossen hat und die für uns seit langem ein Ziel im Sinne der sozialen Gerechtigkeit gewesen ist.

Über die Finanzplanung wird die Bundesregierung im Januar entscheiden.

#### Konjunkturpolitische Wachstumsziele weiterhin geboten

Abschließend komme ich noch einmal auf die konjunkturpolitischen Aufgaben der unmittelbaren Zukunft zurück. Ich habe deutlich gemacht, in welchem Ausmaß die öffentlichen Haushalte hier die Rolle eines Konjunkturstabilisators übernehmen müssen. Gleichwohl bin ich der Auffassung, daß in einer konjunkturrell sehr gespannten Situation die konjunkturpolitische Verantwortung nicht bei den öffentlichen Haushalten allein liegen kann. In Ernstfall müssen wir deshalb weitere konjunkturpolitische Maßnahmen ergreifen, wie sie im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz vorgesehen sind. Das gilt für die Investitionen wie für die private Nachfrage gleichermaßen. Wir beobachten den Konjunkturverlauf in den nächsten Wochen und Monaten sehr genau, um unverzüglich weitere Maßnahmen zu ergreifen, wenn dies erforderlich ist. Das Jahr 1970 muß ein Jahr der Stabilität und des Wachstums werden.

Mehr Selbstvertrauen!

Notwendige Bemerkungen zum Jahreswechsel

G.M. - Die Wochenendpresse einer bestimmten Gattung hat sich darin gefallen, die Politik der Bundesregierung zu verdonnern. Zeitungen und Leit(d)artikler, in Deutschland gelegentlich auch Kolumnisten genannt, schrien auf: Über die Preise, über die Ostpolitik, über, über...

Hintergrund

Wir wissen von einer Redaktionskonferenz, in der gesagt wurde, man müsse "dem Brandt" schon während der Feiertage einen Klotz ans Bein binden, der er auch nicht mehr durch seinen für den 14. Januar angekündigten "Bericht über die Lage der Nation" abschütteln könne.

Gebrauchsanweisung für Artikel über die Preise

Man tue so, als habe der frühere Finanzminister Strauß die Kasse in Ordnung hinterlassen, schimpfe auf die neuen Männer, vermische alles mit den "unzeitgemäßen Forderungen der Gewerkschaften" und verlasse sich im übrigen darauf, daß niemand den Schwindel merkt.

Man fordere "Maßnahmen", natürlich ohne zu sagen, welcher Art sie sein sollen, preise die angeblich freie Marktwirtschaft und verlange gleichzeitig scharfe Anwendung aller im Gesetz vorgesehenen Möglichkeiten. Man ignoriere den hierbei vielleicht auffallenden Widerspruch und begeben sich ins Reich der Fabel, indem man zum Beispiel erklärt, "Kreise der Wirtschaft" hätten seit jeher vernünftig gehandelt und würden es auch wiederum tun, wenn man sie nur ließe. Resümee: Irgendetwas wird schon hängenbleiben.

Gebrauchsanweisung für Artikel über die Ostpolitik

Man tue so, als hätte die Wiedervereinigung Deutschlands und die Kapitulations-Ulbrichts vor Kiesinger unmittelbar bevorgestanden. Man ignoriere alle Tatbestände, lasse nur gelten, was schon vor 10 Jahren aus Anlaß der Gedenkfeiern am 17. Juni gesagt wurde und deute an, daß Adenauer doch Recht gehabt habe, als er verkündete, eine von der SPD geführte Regierung sei gleichbedeutend mit dem Untergang Deutschlands "von Studnitz in "Welt am Sonntag"!

Man behaupte, jeder Versuch Bonn mit Ostberlin in ein Gespräch zu kommen, sei sinnlos, lasse am Rande durchblicken, daß man lieber unter sich bleiben wolle und gebe im Brustton der Überzeugung kund, nur Härte und Stärke sei Politik der Realitäten.

Politiker, die trotzdem der Welt zeigen wollen, daß die Bundes-

republik nicht - wie Ulbricht immer behauptet und sicher noch lange behaupten wird - der Störenfried in Europa sei, gebe man die Beinamen Verzichtler, Abenteurer und Ausverkäufer. Man rede den Heimatvertriebenen ein, sie sollten nur noch ein bißchen Geduld haben, dann würden sie hochargehobenen Hauptes in die Heimat zurückkehren. Und wenn das alles nichts hilft, erinnere man an das gute alte deutsche Sprichwort "Viel Feind, viel Ehr!". Das macht sich gut und kostet nichts.

### Konsequenz

Vieles spricht dafür, daß wir in der Bundesrepublik zurzeit eine Renaissance des Vokabulariums vergangener Epochen erleben. Will heißen: Die Gruppe derjenigen Politiker, die während der 20 Jahre ihrer Regierungstätigkeit verabsäumt hat, die Grenzen einer möglichen Aussöhnung des deutschen Volkes mit seinen Nachbarn im Osten Europas auszuloten, gefällt sich jetzt in Kassandrarufen, Verunglimpfungen und Verleumdungen. Man tut so, als sei das Rad der Geschichte 1933 stehengeblieben, als habe es nie einen Hitler gegeben und als sei nicht eine neue Generation herangewachsen, die es als ihre Aufgabe erblickt, den schon von ihren politischen Großvätern ausgehobenen Graben zwischen den Völkern Europas endlich zu überbrücken. Jedenfalls versucht das diese Generation, auch auf die Gefahr hin, hierbei streckenweise Enttäuschungen zu erleben.

Im Übrigen aber: Kommunisten werden immer Maximalforderungen stellen, wie alle von der Vorstellung besessenen Menschen, nur ihre Art zu leben und zu denken sei "richtig".

Ist dies ein Grund für Demokraten, nicht immer wieder die Konfrontation mit dem besseren Argument zu suchen, ohne sich selbst und seine Rechte dabei aufzugeben? - Und sollte das alles nicht zu einer besseren Ordnung in Europa führen, was wäre dann schlimmer als jetzt? Die deutschen Kommunisten werden diesen Versuch nicht einleiten, denn sie halten ja ihre Welt hinter der Mauer für die beste aller Welten.

Es bleibt also unsere Aufgabe, offen vor aller Welt zu sagen und zu zeigen, daß wir uns dem Dialog stellen; im Wissen darum, daß noch nie etwas verändert werden konnte, wenn man sich rechthaberisch an die Vergangenheit klammerte.

Darum: Mehr Selbstvertrauen!

+ + +

Ein neues Jahr beginnt  
-----

Es kam ein Brief aus Amerika

Von Fritz Sänger

Wenn die Tage nur noch Stunden dauern und die Nacht tief in den Tag hinein ihre Herrschaft übt und frühzeitig wieder Städte und Dörfer in ihr Dunkel hüllt, sind die Gedanken mehr als im hellen Sonnenschein nach innen gerichtet, hört das alte Ohr deutlicher die Töne, die zwischen dem Grüß und dem Bericht mitschwingen und vom Wesentlichen, vom Eigentlichen einen Nachklang spüren lassen. Viele Briefe kamen in diesen Tagen, so wie in jedem Jahre. Es waren frohe und hoffnungsvolle, und es war einer darunter von einem alten Freunde, der in den Vereinigten Staaten lebt. Seine Gedanken waren auf die Zeit des Weihnachtsfestes und der Jahreswende gerichtet; er konnte sich nicht lösen von der Stimmung, die einst ihn und die Seinen in der Heimat ebenso in Bann gehalten hatte wie die anderen. Denn er ist Jude und die Seinen waren es mit ihm.

Sie waren! Er schreibt es so:

"Ich bin der einzige einer großen Familie, der sein Leben rettete. Mein Vater, der vierzig Jahre lang in der vordersten Linie für die hohen Ideale der Demokratie kämpfte, ist 1942 in Auschwitz 'gestorben'. Meine arme stolze Mutter war bis 1945 im Konzentrationslager; nahezu fünf Jahre war sie dem Grauen, dem Entsetzen, der Schmach ausgesetzt, gepeinigt an Körper und Seele. Meir Bruder, Redakteur in Berlin, fand Zuflucht in einem Kloster in Bayern und lebte kurze Zeit als Mönch. Er wurde verraten und in Flossenbruck erhängt".

Der Schreiber dieses Briefes, der einmal in Deutschland als ein unabhängiger, selbständiger Mensch lebte, will nicht wieder zurückkommen:

"Deutschland war das Land meiner Eltern, meiner Großeltern und Urgroßeltern. Ich kann es nicht wiedersehen, es wäre alles wie einst. Als mein Vater 1941 für immer Abschied von mir nahm, waren seine letzten Worte: 'Ernst, wenn die Demokratie in Deutschland wieder stark sein wird und Du wirst es erleben, so lege an diesem Tage der Freiheit fünfzig rote Rosen auf mein Grab und wenn es Dein letztes Geld ist! Ich versprach es meinem Vater. Aber ich konnte sein letztes Bitte nie erfüllen'".

Wo ist das Grab? Der alte Mann im fernen Amerika kann weder Rosen schenken, noch das Land seiner Eltern sehen. Er ringt noch um die Anerkennung seiner Ansprüche, um das Geld, das er zum Leben braucht. - Ein neues Jahr beginnt: Er wird weiter hoffen und gedenken und ein Jahr verrinnen sehen wie sein Leben verrinnt, denn: "All meine einstige Initiative ist nicht mehr. Eine Operation folgt der anderen. Aber ich bin frei und ich lebe". - Unter den Briefen der Freude und der Hoffnung war auch dieser. Was tun wir nun?

+ + +

ANHANG

S C H W E I Z 1969

Schwerpunkte im Jahr der Verwirrung

Von Hermann Battaglia, Bern

Ein Jahr der Verwirrung. So hat kürzlich eine Schweizer Zeitung das zu Ende gehende 1969 bezeichnet. Was die Innenpolitik anbelangt, könnte man auf eine - vielleicht grundlegende - "Stimmungsänderung" in Bezug auf die Altersvorsorge und das Juraproblem hinweisen. Stand bisher die Linke mit ihrer Meinung, daß die "nicht private" Altersversicherung im Minimum den "üblichen Lebensbedarf" zu decken habe, allein da, hat sich im Verlaufe dieses Jahres auch die Rechte zu dieser Überzeugung durchgemausert. Nicht zuletzt unter dem Druck einer sozialdemokratischen Initiative wurde die Theorie aufgegeben, wonach es genüge, wenn die Alters- und Hinterlassenenversicherung das nackte Existenzminimum decke.

Im Jurakonflikt - der französischsprachige Teil des Kantons Bern lehnt sich gegen die "deutschsprachige Berner Herrschaft" auf - hat bei den "Altbauern" die Überzeugung an Anhängern gewonnen, daß nicht mehr länger auf Biegen und Brechen auf der jetzigen Ordnung beharrt werden kann, sondern daß man den jurassischen Kantonsteil darüber entscheiden lassen soll, ob er gesamtheitlich oder teilweise einen neuen Kanton bilden möchte. Die ersten "Vorarbeiten" für eine derartige Volksbefragung sind vom kantonalen Parlament bereits in die Wege geleitet worden.

Auf dem Gebiet der Außenpolitik hat die Schweiz im vergangenen Jahr einige erfreuliche "Fortschritte" erzielt, was in erster Linie das Verdienst des nun zurücktretenden "Außenministers" Spühler ist. So wurde der Atomsperrvertrag unterschrieben, wobei nicht zuletzt der Gedanke ausschlaggebend war, daß die Unterschrift die schweizerischen Friedensbemühungen glaubhafter lassen werde. Das Parlament hat dem Bundesrat darin zugestimmt, daß der Beitritt zur UNO anzustreben ist. Allerdings soll der Beitritt noch hinausgeschoben werden, damit die Stimmbürger, die darüber zu entscheiden haben, besser über das Wesen und die Tätigkeit der UNO orientiert werden können. Vorläufig werden lediglich Maßnahmen zur weiteren Annäherung getroffen. Ferner wurde in den vergangenen zwölf Monaten der Bundeskredit für die Entwicklungshilfe um rund 50 Prozent verbessert, womit die Schweiz zwar besser als bisher, aber immer noch nicht gut dasteht. Mit der Investitionsrisiko-Garantie hat der Bundesrat ein Mittel vorgeschlagen, das ermöglichen soll, schweizerische Investitionen in Entwicklungsländern zu tätigen, auch wenn sie sehr risikoreich sind. Hierüber wird das Parlament noch zu entscheiden haben. - Einen Dämpfer erhielten 1969 die Freunde einer aktiven Außenpolitik durch die Uneinigkeit der beiden eidgenössischen Kammern, in der Frage, ob der Europäischen Menschenrechtskonvention beigetreten werden soll oder nicht. Der Beitritt könnte nur unter Vorbehalten - z.B. wegen des fehlenden Frauenstimmrechts sowie der konfessionellen Ausnahmebestimmungen in der Verfassung - erfolgen. Während der Nationalrat im Beitritt unter Vorbehalten einen Ansporn zum Ausmerzen der dunklen Punkte sah, siegte im Ständerat die Auffassung, daß die schweizerische Weste vorerst ganz weiß sein müsse. Das hat zur Folge, daß ein Beitritt vorläufig nicht mehr erwogen wird. Allerdings dürfte es nicht mehr allzulange dauern. Im vergangenen Jahr hat sich nämlich der "Trend" zur politischen Gleichberechtigung der Frau wesentlich verstärkt. Und vor wenigen Wochen ist ein Gutachter des Bundesrates zur Auffassung gelangt, es gebe heute selbst im Sonderfall Schweiz keine Berechtigung für konfessionelle Diskriminierung mehr.